

leugnende Übergewicht protestantisch-preußischer Beamter innerhalb des Ausschusses sollte durch kontinuierlich wiederholtes Betonen der Überparteilichkeit sowie stände- und konfessionenübergreifende Ausrichtung kaschiert werden. Ungeachtet der bis dahin eher konfliktgeprägten Kontakte seiner Mitglieder zu konfessionellen und sozialistischen Organisationen suchte der Saargebietsschutz die Kooperation mit den reichsdeutschen Gewerkschaften⁹⁶. Waren die Warnungen vor der katastrophalen wirtschaftlichen Zukunft der Saarwirtschaft bei Realisierung der Vertragsbestimmungen zwar in erster Linie auf mittelständische Unternehmen und in noch stärkerem Maße auf die Großindustrie gemünzt, mußte der Saargebietsschutz schon allein aus taktischen Erwägungen bemüht sein, die Arbeiterschaft auf seine Seite zu ziehen. Dabei kam der Propaganda des Saargebietsschutzes zugute, daß die französische Militäradministration schon im Frühjahr 1919 die Abkoppelung von den arbeits- und sozialpolitischen Errungenschaften der Weimarer Republik durch die Rücknahme des Achtstundentages vorgenommen hatte. Es war somit ein leichtes, auf die fehlende Arbeitslosenversicherung bzw. die generell schlechteren Leistungen der französischen Sozialversicherung und die hinlänglich bekannte Unterdrückung von Streikbewegungen hinzuweisen. Man brauchte der Arbeiterschaft nur das Schreckgespenst des Zehnstundentages, der Streichung der „Berechtigungskohlen“ und Hausbauprämien aufzuzeigen, um sie vor den prodeutschen Propagandakarren spannen zu können⁹⁷. Zudem erleichterten die Erfahrungen der französischen Besatzung sicherlich nicht die Herausbildung eines „état d’esprit favorable à la France“ an der Saar.

Somit wurde nach dem Waffenstillstand von verschiedenen Seiten versucht, die französischen Saarpläne zu durchkreuzen:

1. Im Saargebiet selbst bildete sich um die traditionellen Führungseliten eine parteiübergreifende Abwehrfront aus konfessionellen Verbänden, Gewerkschaften und Vereinen, die nach außen den Eindruck erweckte, daß die gesamte Bevölkerung des Mandatslandes geschlossen für die Rückgliederung eintrat.
2. Von offizieller Seite bemühten sich die Behörden des Reichs und der Länder in Berlin und München, deren untergeordnete Verwaltungen in Trier und der Pfalz, die Waffenstillstandskommission sowie die deutsche Delegation in Versailles, die Friedensbedingungen für die Saarländer erträglich zu gestalten und alles daran zu setzen, die Verbindungen an die Saar bzw. von der Saar nicht abreißen zu lassen. Ihnen waren allerdings aus außenpolitischen Erwägungen vielfach die Hände gebunden.

⁹⁶ Siehe hierzu die Briefe des SGS an die katholischen Arbeitervereine, den Zentralrat der Freien Gewerkschaften, den Zentralrat der christlichen Gewerkschaftsvereine sowie den Zentralrat der Deutschen Gewerkschaftsvereine (29.02.19), in: BA-R 8014/835.

⁹⁷ Vgl. den undatierten Aufsatz „Was will Frankreich vom Saargebiet?“, in: BA-R 8014/5. Nachrichtensammlung I (26.03.19): Durch die Übergabe der Steinkohlegruben in französische Privathände müßte die unvermischt reindeutsche Rasse der Arbeiter „Sklavendienste für fremde Kapitalisten leisten.“: Ebd.